



Berlin, 25. April 2013

## GdP-Fachtagung „Die föderale Polizei im demografischen Wandel“ GdP fordert bundesweit einheitlich bezahlte Polizei

**Berlin.** Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert eine bundesweit einheitlich ausgebildete, ausgestattete und bezahlte Polizei. Der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut sagte am Donnerstag zum Abschluss einer zweitägigen GdP-Fachtagung zum Thema „Die föderale Polizei im demografischen Wandel“ in Berlin, „es ist ein Unding, dass die Kolleginnen und Kollegen bei gleichen Aufgaben von Bundesland zu Bundesland teils einige Hundert Euro mehr oder weniger im Monat verdienen und unterschiedlich ausgestattet sind. Diese Mehrklassen-Polizei muss schnellstens abgeschafft werden“.

Unter diesem unzumutbaren Zustand leide auch die Attraktivität des Berufsbildes des Polizisten und angesichts des demografischen Wandels die immer schwerer werdende Nachwuchsgewinnung, so der GdP-Chef weiter. „Die alternde deutsche Gesellschaft macht nicht vor der Polizei halt. In fast allen Bundesländern droht aufgrund von Überalterung und geringen Neueinstellungen Personalnot.“

Witthaut warnte vor einer künftigen verminderten Einsatzfähigkeit der Polizei. In den Bundesländern sei ein Durchschnittsalter der Beamten von 48 Jahren, in einigen Dienststellen auch 55, nicht ungewöhnlich. Der GdP-Chef: „Diese Kollegen sind natürlich nicht mehr immer in der Lage, jedem Jugendlichen hinterherzulaufen.“ Zwar gehe bis 2021 die Hälfte des jetzigen Personals in den Ruhestand, aber wegen geringer Neueinstellungen werde diese Lücke nicht zwangsläufig zu einer Verjüngung der Belegschaft führen. Die Folge könnte vielmehr eine beeinträchtigte Gewährleistung der inneren Sicherheit sein.

Um die Überalterung und die damit einhergehende Personalnot zu stoppen, müssen dem Gewerkschafter zufolge die Innenminister kurzfristig spezielle Programme zur Entlastung entwickeln. Witthaut forderte Bund und Länder auf, „jetzt dringend mehr Personal vorsorglich einzustellen, weil der Wettstreit um die Köpfe ansonsten zum Nachteil der Polizei und des öffentlichen Dienstes ausgehen wird“. Zudem regte er an, Modelle zu entwickeln, zum Beispiel die Arbeitszeit älterer Kollegen zu verkürzen und Altersteilzeit wieder einzuführen.